

31.10.2012 / Inland / Seite 1

LINKE gewinnt Verfassungsklage

NRW-Verfassungsrichter: Rot-Grün brachte Landeshaushalt 2012 zu spät ein

Von Marcus Meier

Die alte rot-grüne Landesregierung hat den Haushalt für das aktuelle Jahr viel zu spät in den nordrhein-westfälischen Landtag eingebracht und so gegen dessen Rechte verstoßen, rügte heute das NRW-Verfassungsgericht. Geklagt hatte die LINKE, die das Urteil begrüßte. Die gescheiterten Haushaltsverhandlungen hatten zu Neuwahlen geführt.



Bärbel Beuermann (r), Vorsitzende der damaligen Fraktion Die Linke im Landtag Nordrhein-Westfalen, und Landessprecher Rüdiger Sagel im NRW-Verfassungsgericht in Münster (Nordrhein-Westfalen).

Foto: dpa/Rolf Vennenbernd

Sowohl Kläger (die Linksfraktion im Landtag) als auch Beklagte (die alte rot-grüne Minderheitsregierung) sind in dieser Form nicht mehr existent. Doch das gestrige Urteil des Landesverfassungsgerichts NRW ist eine schallende Ohrfeige für die längst mit eigenständiger Mehrheit regierende Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und ein Erfolg für die im Mai aus dem Landtag geflogenen LINKE. Die rot-grüne Minderheitsregierung

hat gegen das Budgetrecht des Landtages verstoßen, als sie Ende letzten Jahres den Haushalt für 2012 verspätet einbrachte. Das entschied heute der in Münster ansässige Landesverfassungsgerichtshof. Der Etat habe nicht mehr rechtzeitig vor Beginn des Haushaltsjahres 2012 verabschiedet werden können, so die Richter weiter. Eine solch späte Einbringung sei nur in Ausnahmefällen möglich, zu denen jedoch nicht der Status einer Minderheitsregierung gehöre. In aller Regel muss der Haushalt bis zum 30. September des Vorjahres in den Landtag eingebracht werden. Doch die damalige rot-grüne Landesregierung hatte den Haushaltsentwurf für 2012 erst kurz vor Ende des vergangenen Jahres vorgelegt. LINKE-Landessprecher Rüdiger Sagel und die ehemalige Co-Fraktionsvorsitzende Bärbel Beuermann begrüßten das Urteil. Damit hätten die Verfassungsrichter deutlich gemacht, dass die LINKE die juristisch richtige Auffassung zur Landesverfassung NRW vertrete – im Gegensatz zur Landesregierung von SPD und Grünen. »SPD und Grüne haben sich undemokratisch verhalten«, so die beiden LINKE-Politiker Sagel und Beuermann sprachen von einem rot-grünen »Verschleppungsmanöver«, das der Strategie gedient habe, Neuwahlen zu provozieren. »Selbst einen möglichen Verfassungsbruch haben SPD und Grüne damit dreist in Kauf genommen, um ihr politisches Kalkül durchzusetzen«, monierten Sagel und Beuermann. Sie forderten, nunmehr die Beobachtung des LINKE-Landesverbandes durch den Verfassungsschutz zu beenden. Der Landtag hatte sich am 14. März aufgelöst, weil SPD und Grüne bei der zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes über keine Mehrheit im Landtag verfügte. Vertreter von SPD und Grünen zeigten sich seinerzeit überrascht, dass eine Mehrheit schon in zweiter und nicht erst in der finalen dritten Lesung nötig sei. Teile der LINKEN witterten schon damals Kalkül. Der Haushalt für 2012 (also das laufende Jahr, dessen erste zehn Monate bereits abgelaufen sind), wurde bis heute nicht verabschiedet. Morgen wird der Landtag über das Haushaltsgesetz 2012 und die Einzelpläne der Ministerien debattieren. Die Entscheidung steht für November an. SPD und Grüne sind derweil um Schadensbegrenzung bemüht. »Wir bedauern, dass es der Landesregierung beim Haushalt 2012 nicht möglich war, eine frühzeitigere Einbringung sicherzustellen«, kommentierte Martin Börschel, der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, das Urteil. Die Wahrung des Budgetrechts des Parlaments sei ein sehr hohes Gut und daher begrüße die SPD die rechtliche Klarstellung des Verfassungsgerichtshofs. »Wir sind sehr zuversichtlich, dass künftig eine rechtzeitige Einbringung erfolgt, die den heute vom Verfassungsgerichtshof formulierten zeitlichen Anforderungen entspricht.« Die Grünen gehen laut ihrer Fraktionspressesprecherin Stefanie Kaufmann davon aus, dass die verspätete Verabschiedung »ein einmaliger Vorgang« gewesen und »den besonderen Umständen einer Minderheitsregierung geschuldet« war. Die späte Verabschiedung ruft auch die Kritik der Piraten hervor, die im Mai erstmals in den NRW-Landtag einzogen. Es sei ein Unding, dass der Landtag erst jetzt über den Haushalt 2012 spreche, so Piratenfraktionschef Joachim Paul. Die Landesregierung habe den Haushalt »viel zu spät« eingereicht. Das sei kein Einzelfall, sagte Paul unter Berufung auf den Landhaushalt 2011 und forderte, die verspätete Einbringung von Landshaushalten dürfe nicht zum Dauerzustand werden. Sonst werde

das gesamte Parlament »vor vollendete Tatsachen gestellt, die die Landesregierung im Laufe des Jahres geschaffen hat«.

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/802860.linke-gewinnt-verfassungsklage.html>